



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



13325/10

(OR. en)

PRESSE 235

PR CO 17

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3031. Tagung des Rates

Auswärtige Angelegenheiten

Brüssel, den 10. September 2010

Präsident **Steven VANACKERE**
Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 8914 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

13325/10

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat gab grünes Licht für Verhandlungen

- *mit **China** über ein Abkommen zum Schutz geografischer Angaben für Weine, Spirituosen, Agrarerzeugnisse und Lebensmittel;*
- *mit **Malaysia** über ein Freihandelsabkommen.*

*Ferner führte er eine erste Aussprache über die Entwicklung einer **Auslandsinvestitionspolitik** der EU.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMEN	6
FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA	7
AUSLANDSINVESTITIONSPOLITIK.....	8
SONSTIGES.....	9
Pakistan	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*HANDELSPOLITIK*

– EU/Malaysia - Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen	10
---	----

LANDWIRTSCHAFT

– Verhandlungen mit China über den Schutz geografischer Angaben.....	10
--	----

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Steven VANACKERE

Liliane BLOEM

Bulgarien:

Traycho TRAIKOV

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Dänemark:

Lene ESPERSEN

Deutschland:

Bernd PFAFFENBACH

Estland:

Raul MÄLK

Irland:

Dick ROCHE

Griechenland:

Konstantinos PAPADOPOULOS

Spanien:

Alfredo BONET

Frankreich:

Anne-Marie IDRAC

Italien:

Adolfo URSO

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Lettland:

Artis KAMPARS

Litauen:

Audronius AŽUBALIS

Luxemburg:

Christian Braun

Ungarn:

János MARTONYI

Malta:

Tonio BORG

Niederlande:

Maria VAN DER HOEVEN

Österreich:

Hans-Dietmar SCHWEISGUT

Polen:

Marcin KOROLEC

Portugal:

Luis AMADO

Rumänien:

Mihnea MOTOȘ

Slowenien:

Viljem PŠENIČNY

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen
Botschafterin

Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie

Ständiger Vertreter

Staatsminister mit besonderer Zuständigkeit für
europäische Angelegenheiten

Generalsekretär

Staatssekretär für Handel

Staatssekretärin für Außenhandel

Vizeminister für Wirtschaftsentwicklung

Ständiger Vertreter

Minister für Wirtschaft

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ständiger Vertreter

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretender Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Ministerin für Wirtschaft

Ständiger Vertreter

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ständiger Vertreter

Staatssekretär für Wirtschaft

Slowakei:

Stanislaw KUBINEC

Direktor

Finnland:

Paavo VÄYRYNEN

Minister für Außenhandel und Entwicklung

Schweden:

Gunnar WIESLANDER

Staatssekretär im Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

Edward DAVEY

Staatssekretär im Ministerium für Unternehmen,
Innovation und Qualifikationen

Kommission:

Karel DE GUCHT

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMEN

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über den Sachstand und die nächsten Schritte in Bezug auf die Aushandlung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit Staaten und Regionen Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP).

Er nahm Kenntnis von den Vorschlägen der Kommission, die Verhandlungsstrategie der EU so zu justieren, dass der Verhandlungsprozess wiederbelebt wird.

FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA

Der Rat erörterte den Entwurf eines Beschlusses über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung eines Freihandelsabkommens mit Südkorea.

Er vereinbarte, so bald wie möglich auf dieses Thema zurückzukommen, damit das Abkommen unterzeichnet und die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens eingeholt werden kann.

In dem am 15. Oktober 2009 paraphierten Abkommen ist die schrittweise gegenseitige Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen vorgesehen; ferner werden darin Regeln zu handelsbezogenen Fragen festgelegt.

AUSLANDSINVESTITIONSPOLITIK

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission zu einer Mitteilung über die Entwicklung einer Auslandsinvestitionspolitik der EU (*Dok. 11952/10*).

Er führte hierzu einen Gedankenaustausch.

Die Globalisierung hat in den letzten Jahren zu einer drastischen Zunahme der Kapitalbewegungen geführt; im Jahr 2007 erreichte der Fluss der ausländischen Direktinvestitionen ein Rekordhoch von nahezu 1500 Billionen Euro.

Nach Artikel 207 des im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon sind ausländische Direktinvestitionen (ADI) nunmehr ein Politikbereich, für den die EU im Rahmen ihrer gemeinsamen Handelspolitik die ausschließliche Zuständigkeit besitzt. Bisher haben die Mitgliedstaaten bilaterale Investitionsabkommen mit Drittstaaten ausgehandelt.

Als ersten Schritt zur Berücksichtigung der Wirkung dieser neuen Zuständigkeit der EU hat die Kommission im Juli ein politisches Paket vorgelegt, das neben der Mitteilung einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern umfasst.

In der Mitteilung wird auf Aspekte wie die Definition des Begriffs "ausländische Direktinvestitionen", die Kriterien für die Auswahl potenzieller Verhandlungspartner, Standards für künftige Investitionsabkommen auf EU-Ebene und die Streitbeilegung eingegangen.

Bei den Erörterungen des Rates betonten die Delegationen, dass so bald wie möglich ein umfassender und effizienter Rahmen für Investitionsabkommen auf EU-Ebene geschaffen werden müsse. Sie unterstrichen ferner, dass dabei die Rechtssicherheit für die Wirtschaftsbeteiligten sowie Berechenbarkeit und ein Höchstmaß an Schutz für EU-Investoren im Ausland zu gewährleisten seien und die EU als attraktives Investitionsziel erhalten bleiben müsse.

SONSTIGES

Pakistan

Der Rat wurde von der Kommission über mögliche Initiativen im Rahmen der EU-Handelspolitik unterrichtet, mit denen der wirtschaftliche Wiederaufbau in Pakistan im Anschluss an die jüngsten großflächigen Überschwemmungen unterstützt werden könnte.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

HANDELSPOLITIK

EU/Malaysia - Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen

Der Rat billigte die Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Malaysia.

LANDWIRTSCHAFT

Verhandlungen mit China über den Schutz geografischer Angaben

Der Rat ermächtigte die Kommission, mit China Verhandlungen über ein Abkommen zum Schutz geografischer Angaben für Weine, Spirituosen, Agrarerzeugnisse und Lebensmittel aufzunehmen.
